

**Wir in NRW**  
Kommunalwahl  
September 2004



### Motivieren, mobilisieren, mitmachen!

#### Kommunale Spitzenklasse:

Bürgermeisterkandidaten aus NRW gemeinsam mit Franz Müntefering, Harald Schartau und Mike Groschek.

Im Vordergrund: Erhard Pierlings, Bürgermeister in Meinerzhagen, 1999 mit knapp 60 Prozent im ersten Wahlgang gewählt.

**FORSA-Chef Manfred Güllner:**

## Viele haben das Einmaleins des Kommunalwahlkampfes verlernt

**Für den SPD-Generalsekretär Mike Groschek ging „mit dem Kommunal-konvent ein Ruck durch die Partei“, die WAZ hat die „Lust zur Offensive“ bei der SPD wiederentdeckt und Peer Steinbrück brachte es auf den Punkt: „Die Stimmung ist nicht so wie wir es uns selbst einreden oder wie sie von anderen beschrieben wird – sie ist deutlich besser“.**

Zweckoptimismus oder realistische Einschätzung? Tatsächlich bietet sich ein facettenreiches Bild: Während die SPD-Kandidaten die meisten Bürgermeisterwahlen seit der Bundestagswahl ungeachtet der „Stimmungslage“ gewonnen haben, landeten die Sozialdemokraten bei einer WDR-Umfrage nicht einmal beim Ergebnis von 1999. Demgegenüber zeigen Umfragen lokaler Zeitungen wie der Westfälischen Rundschau in Dortmund oder der Bonner Express, dass die SPD mit ihren Spitzenkandidaten mei-

lenweit vor der politischen Konkurrenz liegen. Die Kommunale sprach mit FORSA-Chef Manfred Güllner über die aktuelle Lage, Stimmungen und Chancen.

**Kommunale:** Herr Güllner, die Umfragewerte für die SPD sind nicht besonders günstig, auch wenn Anzeichen der Besserung erkennbar sind. Kann man aus der allgemeinen Stimmung knapp 140 Tage vor der Kommunalwahl konkrete Prognosen für das landesweite Abschneiden einer Partei bei den Kommunalwahlen machen?

**Güllner:** Die Menschen sind schlau genug um zu wissen, warum es bei Wahlen geht und wissen, dass es bei der Kommunalwahl um Bürgermeister und Rathausmehrheiten geht. Die meisten Menschen entscheiden erst dann, wenn es konkret wird, also etwa 6 Wochen vor der Wahl. Offen gesagt, halte ich von konkreten Prognosen zum landesweiten Abschneiden der Kommunalwahl zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig.

**Kommunale:** Die SPD muss in Regierungsverantwortung gegenwärtig harte Entscheidungen treffen, die erst in der Zukunft ihre positive Wirkung entfalten werden, aber heute zu Unzufriedenheiten führen. Wirkt sich das kommunal nicht aus?

**Güllner:** Etwas schon, aber die Überlagerungseffekte von allgemeiner Stimmungslage zur konkreten Situation vor Ort sind meines Erachtens bei weitem nicht so groß wie häufig behauptet. Allgemein gesprochen zeigen sich solche Überlagerungseffekte derzeit vor allem bei CDU-Wählern, die aus dem Ärger über die verlorene Bundestagswahl 2002 resultieren. Die CDU hat auch 1999 bei der Kommunalwahl in Wirklichkeit keine neuen Anhänger gefunden, aber ihre eigenen Leute mobilisieren können. Sie haben gewissermaßen den Machtwechsel in Berlin 1998 nicht akzeptiert und ha-

ben dafür auch auf lokaler Ebene der SPD die Quittung gegeben.

Einen solchen „Racheeffekt“ konnte man schon damals bei der Hessenwahl nachweisen. Auch hier ging es mit der Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mehr um eine Abstimmung gegen Berlin als um eine sachliche Entscheidung. Oder sehen Sie sich aktuell das Beispiel Hamburg an: Der hochgejubelte Sieg der CDU hat nicht mehr als das bürgerliche Stimmenpotenzial ausgeschöpft, es ist in Wirklichkeit nichts dazugekommen. Auch die bayerische Landtagswahl hat der CSU nicht mehr Stimmen gebracht, im Gegenteil: Sie hat rund eine Millionen Stimmen weniger bekommen als bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor.

**Kommunale:** Welche Schlussfolgerungen müsste eine Partei daraus ziehen?

**Güllner:** Im Vordergrund steht die lokale Mobilisierung. Nehmen

wir das Beispiel Dortmund: Hier lag 1999 der CDU-Kandidat Geers vor dem heutigen SPD-Oberbürgermeister Langemeyer. Die Situation war für die SPD erschwert, weil der OB-Kandidat erst nach lokalen Querelen nominiert worden war. Die SPD vor Ort hat aber deutlich erkannt, dass sie die Flinte nicht ins Korn werfen darf. Stattdessen haben sie konkret geguckt, was an Mobilisierung noch zu tun war und auf welche Stadtteile die Mobilisierung konzentriert werden musste. Die hohe Wahlbeteiligung sicherte schließlich den Sieg. Mobilisierung vor Ort bringt also ganz konkret etwas.

**Kommunale:** Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen liegt deutlich unter der von Landtags- und Bundestagswahlen. Mobilisierung ist also nicht ganz so einfach, oder?



**FORSA-Chef Manfred Güllner:** Einmaleins des Kommunalwahlkampfes beherrzigen

**Güllner:** Deshalb kommt es eben auf das „wie“ vor Ort konkret an. Es scheint sich allerdings als Schwierigkeit zu erweisen, dass viele das Einmaleins des Kommunalwahlkampfes verlernt haben. Es geht nicht nur um Mobilisierung an sich, sondern um Mobilisierung der eigenen potenziellen Wählerschaft, also der eigenen „Hochburgen“ und Zielgruppen. Man muss also vor Ort genau hinsehen: Wo lohnt es, sich besonders anzustrengen? Wenn man das weiß, lohnt es sich, dort von Haus zu Haus zu laufen, gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Das kann und muss jetzt konkret vorbereitet werden.

**Kommunale:** Die Europawahl leidet traditionell unter geringer Wahlbeteiligung, was die SPD in stärkerem Maße trifft. Hat die Europawahl Auswirkungen auf die Kommunalwahl?

**Güllner:** Die Menschen unterscheiden sehr wohl zwischen Europa und der Kommunalwahl. Ein Zusammenhang ist schwer herstell-

#### Hartz IV:

##### Anfangen statt verweigern

Trotz des Ärgers über die finanziellen Belastungen aus Hartz IV steht die Zusage zur Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Statt Verweigerung bei der Umsetzung wie sie vor allem die Landkreise praktizieren, kommt es jetzt auf konkrete Vorbereitung der Arbeitsgemeinschaften an.

(Weiter Seiten 2 und 3)

#### Schwarz-grün in den Kommunen:

##### CDU-Orakel

Einmal mehr erweisen sich Rüttgers Spekulationen als heiße Luft: Schwarz-grüne Bündnisse sind in den Kommunen absolute Ausnahmen. Das hat eine SGK-Umfrage ergeben.

(Weiter Seite 7)

#### EU-Förderung positiv

##### Osterweiterung als Chance

Die Ost-Erweiterung der EU bringt Chancen für NRW. Auch die bisherige Förderung hat dem Strukturwandel in NRW geholfen. Fast 100.000 Arbeitsplätze sind entstanden. Konkrete Beispiele aus Recklinghausen, Krefeld, Duisburg.

(Weiter Seiten 4 und 5)

#### SPD-Initiative

##### Jugendfördergesetz kommt

Als Antwort auf die Volksinitiative, vor allem aber zur dauerhaften Sicherung der Jugendarbeit, bereitet die SPD ein Gesetz vor, das die Mittel der Jugendförderung auf 5 Jahre festlegt. Debatten mit den Kommunen stehen noch aus, aber die Richtung ist sicher richtig.

(Weiter Seite 7)

#### Innenminister Behrens

##### NRW ist und bleibt ein sicheres Land

Terroranschläge, Osterweiterung, Kriminalität verunsichern die Menschen. Sicherheit bleibt ein Faktor hoher Lebensqualität in NRW. Auch die Kommunen leisten durch Ordnungspartnerschaften wichtige Beiträge zur Sicherheit in den Städten.

(Weiter Seite 3)

bar. Hinzu kommt das geringe Interesse an der Europawahl. So gesehen, ist sie kein „Aufgalopp“ für die Kommunalwahl. Richtig ist aber, dass ein schlechtes Europawahl-Ergebnis eine schlechte Stimmung stabilisieren kann. Deshalb sollte den Kommunalpolitikern die Europawahl nicht egal sein. Man kann sie beispielsweise nutzen, um Kommunalwahlkandidaten der eigenen Partei bekannt zu machen. Dennoch gibt es keinen Automatismus zwischen einem schlechten Wahlergebnis bei der Europawahl und den Aussichten für die Kommunalwahl.

**Kommunale:** Wäre es für die Kommunalpolitiker sinnvoll, sich von der Landes- und Bundespolitik abzugrenzen?

**Güllner:** Es wäre in Nordrhein-Westfalen sicherlich falsch, einen Wahlkampf quasi gegen die Bundes- und Landesebene zu führen. Sigmar Gabriel in Niedersachsen ist das beste Beispiel dafür, dass eine solche Strategie daneben geht. Darüber hinaus muss man die eigenen politischen Entscheidungen ins Verhältnis zu den Zielen der politischen Konkurrenz setzen. Keiner Mensch versteht es, die eigene Partei ernsthaft zum Gegner zu machen.

Und wichtig ist: Die Entscheidung fällt vor Ort! Bei der Kommunalwahl gibt es extreme Differenzen zwischen einzelnen Städten und Regionen. Deshalb sind Wahlbeteiligung und richtige Ansprache vor Ort die wichtigsten Aufgaben.



**NRW Kommunal-Konvent 2004:** Franz Müntefering überreicht Rosen an Neumitglieder

**Kommunale:** 1999 hatte die SPD mit einem so schlechten Wahlergebnis nicht gerechnet. Kann sie diese Wahlschlappe überhaupt wieder ausgleichen?

**Güllner:** Im Kern wird es darauf ankommen, dass sie ihre defensive Haltung aufbricht und die eigene Klientel mobilisiert. Gleichermaßen

wichtig ist die Frage, was die CDU aus ihren Wahlsiegen seit 1999 gemacht hat. Nach meinem Eindruck hat die CDU in Nordrhein-Westfalen in den meisten Städten nichts wirklich besser gemacht. Wo sind die wirklichen Erfolge eines Oberbürgermeisters Wittke in Gelsenkirchen, die über öffentliches Trommeln hinausgehen? Auch in Köln, wo kein neuer OB gewählt

wird, hat die SPD gute Chancen, die Ratsmehrheit zurückzugewinnen; die schwarz-grüne Bilanz ist für die Menschen nicht spürbar positiv. Die Tatsache, dass die CDU kaum etwas aus ihrem Wahlsieg 1999 gemacht hat, keine wirklichen Ergebnisse vorzeigen kann, das spüren die Leute und darin besteht für die SPD eine große Chance.

**Kommunale:** Noch einmal zurück zu den Themen: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität, der Zustand sozialer Einrichtungen oder die Bildungspolitik sind die großen Themen, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen besonders interessieren. Welchen Einfluss haben diese Themen auf die Kommunalwahl?

**Güllner:** Natürlich schlagen die „Big Points“ auch auf die kommunale Ebene durch, aber ich wiederhole nochmals: Die Menschen sind schlau und wissen, dass es in der Kommunalpolitik eigene Themen, Personen und Kompetenzen gibt. Vor Ort muss die SPD zeigen, dass sie es besser kann. Auch dafür ein Beispiel: 1997 war die innere Sicherheit in Hamburg für die Menschen das größte Problem. Fragte man die Menschen danach in Hamburg, wurde sie auch als wichtigstes Thema genannt, fragte man aber nach den wichtigen Aufgaben in der Hansestadt, wurden neben diesem Thema noch eine ganze Reihe weiterer Themen benannt, die damals in der Wahlausschreibung vernachlässigt wurden. Deshalb gilt der Grundsatz: Die wichtigen Themen dürfen nicht ignoriert werden, aber es darf auch nicht vergessen werden, die 20 anderen Themen, die die Problemvialt vor Ort spiegeln, zu bearbeiten.

**Kommunale:** Als Fazit kann man also sagen, dass die SPD vor Ort nicht punkten kann durch Abgrenzung von der SPD im Bund oder im Land?

**Güllner:** Das ist in der Tat so, die SPD kann gewinnen, wenn sie aus der Defensive kommt, ihre eigenen Kandidaten profiliert, ihre eigenen Wähler mobilisiert und zeigt, dass sie der Vielfalt der Probleme vor Ort durch eigene Kompetenz gerecht wird.



Reinhard Paß hat gute Chancen, neuer Oberbürgermeister in Essen zu werden.

## Hartz IV in den Kommunen Synergie für Arbeit

Während in vielen Landkreisen noch keinerlei Vorbereitungen zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften laufen, sind andere aktiv. Reinhard Paß, Essener SPD-OB-Kandidat berichtet.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zur künftigen „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (Hartz IV – Gesetz) ist eine praktikable Grundlage geschaffen worden, um langzeitarbeitslose Menschen in Deutschland durch individuelles Fallmanagement und passgenaue Hilfen zielgenau in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Genau darin besteht die Chance: Die finanziellen Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden sind politisch steuerbar und dürfen nicht gegen den richtigen Grundsatz der Reform ausgespielt werden.

Den Kommunen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie sich mit ihren Erfahrungen in den Bereichen der Leistungsgewährung und in der kommunalen Arbeitsmarktpolitik einbringen werden. Die Stadt Essen hat in den letzten 20 Jahren eine

gut funktionierende Infrastruktur mit ihren Partnern in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik aufbauen und sichern können. Diese Partner, also IHK, DGB, Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Kreishandwerkerschaft etc. und die örtliche Bundesagentur für Arbeit (das frühere Arbeitsamt Essen) bilden zusammen den „Essener Konsens“.

Diese – mehr oder weniger informell herausgebildete – gut funktionierende kommunale Struktur kann sich jetzt im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Bundesagentur offiziell etablieren:

Die Arbeitsgemeinschaft erhält die umfassende Trägerschaft der neuen Leistung. Innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft ist die Kommune Träger für die Anteile der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die kommunale Kompetenz aufgrund langer

Verwaltungserfahrung bedürfen: insbesondere für die öffentliche Fürsorge für Unterkunft und Heizung, die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder, die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die sozialen und psychosozialen Dienste sowie für Erstausrüstungen für Wohnung, Bekleidung und mehrtägige Klassenfahrten.

Hierfür haben die Kommunen auch die Finanzverantwortung. Sie haben dadurch einen Anreiz, erwerbsfähige Hilfeempfänger möglichst schnell in Arbeit zu vermitteln.

Die Stadt Essen und die örtliche Bundesagentur für Arbeit, die mit ihrem Job-Center weiterhin primäre Adresse für das Vermittlungsgeschäft sein wird, sind z.Zt. dabei, ihre Möglichkeiten zu einer intensiven Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft zu erörtern und ge-

genseitig ihre Stärken und Schwächen, ihre Chancen und Risiken, ihre Ressourcen und ihr Know-how abzugleichen, um eine optimale Aufgabenerledigung zu gewährleisten.

Dabei wird deutlich, dass die Hilfsangebote für Arbeit suchende Bürger in der Fläche zu organisieren sind, also die Bundesagentur die in den Stadtbezirken vorhandenen Infrastrukturen des örtlichen Sozialamtes mit nutzen wird.

Zwar laufen die Verhandlungen zwischen Stadt und Bundesagentur noch, in Essen spricht aber vieles dafür, dass es hier zu einem gut austarierten und funktionsfähigen Beispiel für eine Arbeitsgemeinschaft kommen wird, die ihre Hilfen dezentral, kundenorientiert und professionell erbringen wird und dabei alle Synergiepotenziale des bisherigen Essener Konsenses auszunutzen versteht.

## KOMMUNALE SPITZENKLASSE



**Ulrike Haase  
Kreis Mettmann**  
50 Jahre, geschieden,  
zwei erwachsene Töchter  
Abteilungsleiterin im Sozialamt  
Düsseldorf

Ihr Motto:  
„Wer die Zukunft als Gegenwind empfindet, geht in die falsche Richtung.“  
(Winston Churchill)



**Jens Bröker  
Kreis Düren**  
42 Jahre, verheiratet,  
eine Tochter  
Politologe, Geschäftsführer  
SPD-Region Mittelrhein

Sein Motto:  
„Klare Worte, klare Sache!“



**Dr. Ansgar Müller  
Kreis Wesel**  
45 Jahre, verheiratet,  
Kreisdirektor im  
Kreis Wesel

Sein Motto:  
„Mit den Menschen für  
die Menschen.“



**Innenminister Dr. Fritz Behrens:**  
NRW ist und bleibt ein sicheres Land

## Wenn die Grenzen fallen Wie sicher leben wir in NRW?

Interview mit Innenminister Dr. Fritz Behrens, MdL

**Kommunale:** Die Terroranschläge von Madrid haben auch bei uns die Frage der Sicherheit vor solchen Attentaten neu entfacht. Wie sicher leben wir in NRW?

**Behrens:** Alle Sicherheitsbehörden gehen übereinstimmend davon aus, dass Deutschland nicht nur Ruhe- und Rückzugsraum ist, sondern auch Ziel von Anschlägen islamistischer Terroristen werden kann. Es gibt aber keine Erkenntnisse über konkrete Anschlagplanungen. Die Sicherheitsbehörden nehmen ihre Aufgaben mit höchster Aufmerksamkeit und Intensität wahr. Hundertprozentige Sicherheit kann und wird es in einer offenen Gesellschaft wie der unserer nicht geben. Das ändert nichts an unserer Verpflichtung, zum Schutz unserer Bevölkerung alles tatsächlich und rechtlich Mögliche zu tun, um derart verabscheuungswürdige Anschläge zu verhindern. Genau dies tun wir und deshalb kann ich sagen: Nordrhein-Westfalen war, ist und bleibt ein sicheres Land.

**Kommunale:** Bringt das neue und größere Europa Probleme bei der Sicherheit?

**Behrens:** Europa steht vor großen Veränderungen. Mit der Osterweiterung vollzieht die EU einen bedeutenden Schritt zur Sicherung von Frieden und Wohlstand. Der Bereich der Inneren Sicherheit spielt dabei eine entscheidende Rolle. Nur in Sicherheit werden die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Europas die gewonnene Freiheit zum Wohle aller nutzen. Neue Freiheiten beinhalten auch Risiken. Daher müssen wir das Potenzial unserer Sicherheitsbehörden weiter bündeln und die Zusammenarbeit der Institutionen wie

EUROPOL und EUROJUST ausbauen. Ich bin sicher, dass es uns damit gelingen wird, auch diese Herausforderung zu meistern.

**Kommunale:** Schutz vor Kriminalität stellt nach neuesten Umfragen hinter der Arbeitsmarktpolitik als zweitwichtigstes Thema für Wählerinnen und Wähler in unserem Land dar. Gibt die Landespolitik hier die richtigen Antworten?

**Behrens:** Sicherheit ist ein maßgeblicher Faktor für die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Die Menschen in NRW können darauf vertrauen, dass wir ihren Wohlstand und ihre Freiheit schützen. Entgegen dem allgemeinen Trend haben wir die Haushaltsansätze für die Polizei in 2004 insgesamt um 2,9 und in 2005 nochmals um 3,6 % erhöht. Nichts zeigt deutlicher, wie hoch der Stellenwert der Inneren Sicherheit in diesem Lande ist. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Allein elf der zwanzig Großstädte mit der geringsten Kriminalitätsrate und die fünf Erstplatzierten unter den Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern liegen in NRW. Auch strategisch sind wir bestens aufgestellt. Wir setzen auf drei Säulen einer integrierten Sicherheitspolitik. Gleichrangig neben einer wirkungsvollen Kriminalitätsbekämpfung stellen wir Prävention und Opferschutz. Weil gerade der Opferschutz in NRW große Bedeutung hat, haben wir bundesweit vorbildlich in allen Polizeibehörden Opferschutzbeauftragte eingesetzt.

**Kommunale:** Was kann in den Kommunen getan werden, damit sich die Menschen sicherer fühlen?

## Hartz IV – Arbeitsgemeinschaften JETZT auf den Weg bringen

**Landauf landab wird die Reformfähigkeit unseres Staates beschworen, um unseren gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern. Real werden Reformprozesse aber zu oft aus sachwidrigen Gründen aufgehalten und gestört. Leider auch bei der dringend erforderlichen Arbeitsmarktreform.**

Hessens Ministerpräsident, Roland Koch, ruft mit durchsichtigem politischen Kalkül die Kommunen zum Boykott auf und der Landkristag mit den Protagonisten Hans-Jürgen Henneke und Alexander Schink verweigert aus engstirnigem Verbandsinteresse die konstruktive Mitarbeit am Reformprozess. Dabei ist das von ihnen stets propagierte Optionsmodell längst auch am Widerstand etlicher CDU-regierter Länder gescheitert, die die hierfür erforderliche Verfassungsänderung strikt ablehnten.

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist eine langjährige kommunale Forderung. Sicher ärgern sich auch sozialdemokratische Kommunalpolitiker darüber, dass die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes bei der Entscheidung im Vermittlungsausschuss so verkannt wurden. Eine Entscheidung, bei der sich auch die CDU nicht aus der Verantwortung stehlen kann. Statt der geplanten und stets zugesagten bundesweiten Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. Euro verursacht die neue Verantwortung der örtlichen Sozialhilfeträger für die Wohnkosten der Langzeitarbeitslosen allein in Nordrhein-Westfalen Mehrausgaben in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat einen weiteren Gesetzent-

wurf noch für Mai angekündigt, um die finanziellen Auswirkungen der Arbeitsmarktreform zu Gunsten der Kommunen zu realisieren. Dabei haben er wie auch SPD-Parteichef Franz Müntefering zugesagt, dass es bei der beabsichtigten Entlastung bleibt.

Angesichts der gewaltigen Aufgabe der Zusammenführung eines sozialen Sicherungssystems für ca. 4 Millionen Leistungsempfänger und deren Angehörige darf man jedoch jetzt nicht länger warten. Städte, Kreise und die örtlichen Agenturen für Arbeit müssen jetzt die Vorarbeiten für die Gründung von flächendeckenden Arbeitsgemeinschaften und Jobcentern schaffen. Modellprojekte, mit denen man Erfahrungen in der Zusammenarbeit gewinnen konnte, gab und gibt es viele in Nordrhein-Westfalen.

Parteilpolitische und verbandliche Interessen dürfen nicht länger gegen die arbeitsloser Menschen ausgespielt werden. Deshalb muss in Berlin jetzt schnellstens Klarheit über die Finanzen geschaffen werden und die örtlichen Akteure müssen zur Zusammenarbeit finden. Und dabei muss klar sein: Sozialdemokraten betreiben kein „Schwarzer-Peter-Spiel“ auf dem Rücken der Arbeitslosen.

**Behrens:** Wichtig ist, dass alle, die vor Ort Verantwortung für die Sicherheit tragen, zusammenarbeiten und ihre Kompetenzen bündeln. Vor sechs Jahren hat das Innenministerium daher die bundesweit einzigartige Initiative „Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ auf den Weg gebracht. Sie strebt die Verbesserung der objektiven Sicherheit, d.h. den Rückgang von Straftaten und Verkehrs-

unfällen, ebenso an, wie die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Gewaltprävention und haben dazu die Zusammenarbeit mit den Schulen verstärkt. Mittlerweile arbeiten die Partner in über 840 Ordnungspartnerschaften in konkreten Projekten auf örtlicher Ebene an der Verbesserung der Sicherheit in den Städten und Gemeinden in NRW.



**Ein starkes Team:** Kandidaten/innen aus NRW für Europa. Martin Schulz, vormalis Bürgermeister in Würselen, ist der Spitzenkandidat der deutschen Sozialdemokratie.

## KOMMUNALE SPITZENKLASSE



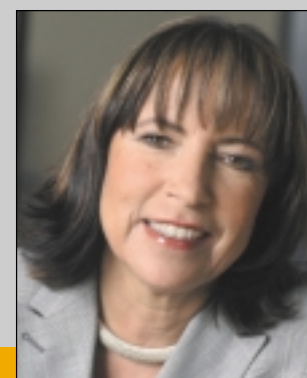
**Ernst Müller Leichlingen**  
48 Jahre, verheiratet,  
2 Kinder  
Bürgermeister in Leichlingen

Sein Motto:  
„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt!“  
(Dante)



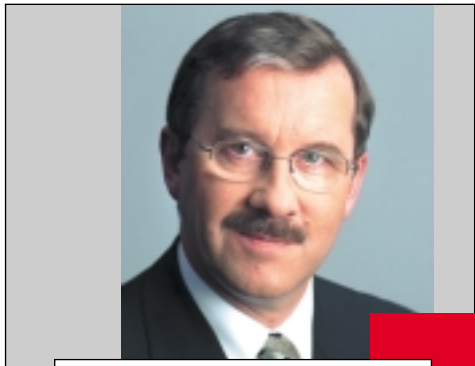
**Christoph Stässer, MdB**  
Münster  
54 Jahre, verheiratet,  
Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestages

Sein Motto:  
„Münster für alle – Wir schaffen das!“



**Ulrike Apel-Haefs**  
Kreis Neuss  
52 Jahre, verheiratet,  
Historikerin

Ihr Motto:  
„Gemeinsam sind wir stark.“



Harald Schartau, NRW-Minister für Wirtschaft und Arbeit

Strukturwandel braucht Zeit, Geld und immer wieder gute Beispiele. Solche präsentierte Wirtschaftsminister Harald Schartau in einer Bilanz zum Ziel 2-Förderprogramm. Hier stehen für die Jahre 2000 bis 2006 insgesamt 1,8 Mrd. Euro, die anteilig von der EU und dem Land finanziert werden, zur Verfügung. Bis Ende 2003 ist gut die Hälfte der Mittel in rund 2.200 Projekte geflossen.

Besonders stolz zeigte sich Harald Schartau, dass es mit den Strukturmitteln gelungen sei, die Grundlagen für die Sicherung bzw. Schaffung von gut 95.000 Arbeitsplätzen zu legen. Besondere Schwerpunkte im Rahmen des Programms sind die Innovations- und Technologieförderung und die Entwicklung von Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten, für die fast zwei Drittel der Mittel eingesetzt wurden.

Künftig werde sich die Förderung noch stärker auf den Bereich technologischer Innovationen konzentrieren und hierbei die Stärken der jeweiligen Region in den Mittelpunkt stellen, betonte Schartau, der beispielhaft auf die Kompetenzfelder „Gesundheitswirtschaft“ mit Projekten in Bochum, Oberhausen, Witten und Bönen und „Mikrostrukturtechnik“ in Dortmund hinwies.

Mit Blick auf die Neuordnung der EU-Strukturförderung ab dem Jahr 2007 zeigte sich der Minister optimistisch, dass Regionen unseres Landes auch künftig mit der Hilfe der EU rechnen können. Die Vorarbeit seines Ministeriums habe

# 100.000 neue Arbeitsplätze durch EU-Förderung

## Strukturförderung braucht Sicherheit über 2006 hinaus

in Brüssel Früchte getragen, und erste Überlegungen für ein neues Förderprogramm bis 2013 ließen eine Ausrichtung erkennen, an der die Politik des Landes nahtlos anknüpfen könne.

Mit Blick auf die Europawahl am 13. Juni forderte Harald Schartau alle Beteiligten auf, auch diesen wirtschaftlichen Aspekt des vereinten Europas deutlich zu machen: „Europa ist nicht nur die Friedensmacht in unserer Welt, sondern nimmt auch seine Verantwortung für eine positive und nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft aller Mitgliedsstaaten vorbildlich wahr.“

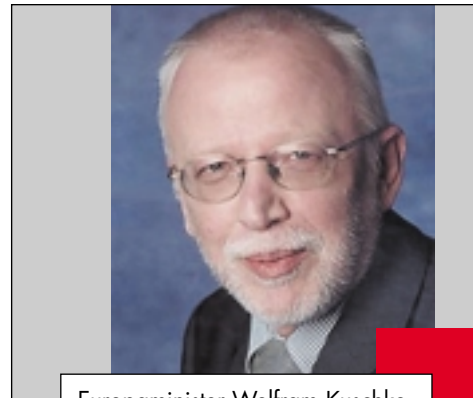
Zur Sicherung der künftigen Förderung der EU für Regionen im industriellen Wandel hat NRW Europaminister Wolfram Kuschke jetzt eine gemeinsame Aktion von Industrieregionen zur europäischen Strukturpolitik ergriffen.

Insgesamt zehn Regionen aus Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden setzen sich gemeinsam dafür ein, dass die bisherigen „Ziel 2“-Gebiete nicht aus der künftigen EU-Strukturförderung herausfallen. Die Vertreter dieser Regionen verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, die Mitte Mai in das Kohäsionsforum in Brüssel eingebracht wird.

Die Regionen stellen in dem Positionspapier fest, dass sozio-ökonomische Kriterien für die Verteilung der Fördermittel ausschlaggebend

sein müssen. Diese Kriterien könnten Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverluste und Einkommenshöhe sein.

Minister Kuschke: „Es ist unbedingt notwendig, dass diese Regionen ihre Stimme erheben und sich gemeinsam in den europäischen Diskussionsprozess um die europäische Strukturpolitik nach 2006 einbringen. Diese Regionen sind jahrzehntelang wichtige Wachstumslokomotiven in Europa gewesen. Sie haben im strukturellen Wandel an Boden verloren. Es ist auch eine europäische Aufgabe, ihnen zu helfen, ihre alte Dynamik wieder zu erlangen.“



Europaminister Wolfram Kuschke, Chef der Staatskanzlei

## Krefeld



### Danke Europa!

„Der Ausbau und die Erweiterung der Fabrik Heeder in Krefeld ist ein tolles Beispiel für moderne Städtebauförderung. Wir sind glücklich, dass wir auch mit Mitteln der EU so ein Projekt auf die Beine stellen konnten.“ Uli Hahnen, Fraktionschef und OB-Kandidat aus Krefeld, sieht sich seinem Ziel ein gutes Stück näher: „Wir wollen den Krefelder Süden stärken. Mit unserem Konzept eines Kulturzentrums mit Bürgertreff in der Fabrik Heeder werden wir das schaffen.“

Im Jahre 1906 ist das heute denkmalgeschützte Gebäude als Tapetenfabrik Heeder & Co. errichtet worden. Seit 1989 wird dieses Haus als städtisches Kulturzentrum genutzt. So findet nicht nur das städtische Krefelder Kinder- und Jugendtheaterzentrum KRESch hier seine Spielstätte, sondern auch das Frauenkulturbüro NRW agiert von hier aus landesweit.

Mit dem Aus- und Neubau werden in Zukunft auch Teile des Stadttheaters, eine Sozialagentur und ein Bürgertreff ihre Heimat im Krefelder Süden finden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,2 Mio. Euro. Die Maßnahme wurde mit 2,5 Mio. Euro aus EU-Mitteln bezuschusst.

## Recklinghausen

### Impulse für den Kreis

Ein dickes Lob spricht der Landratskandidat für den Kreis Recklinghausen, Jochen Welt, MdB, der Landesregierung für die Förderung kommunaler und regionaler Projekte über die Ziel-2-Förderung aus.

„Die SPD-geführte Landesregierung unterstützt im Kreis 97 Projekte mit mehr als 156 Mio. Euro.“

Das ist vor allem im nördlichen Ruhrgebiet auch bitter nötig. Die Förderung des Landschaftsparkes Emscherbruch ist ein gutes Beispiel. Bei der Ziel 2-Förderung müssen in den kommenden Jahren verstärkt Projekte betrieben werden, die eine nachhaltige wirtschaftliche Stärkung der Region bewirken. Hier muss eine qualitative Verbesserung erreicht werden, um neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Die CDU-Mehrheiten bei uns im Kreis und in den Städten haben dabei völlig versagt. Daher müssen wir als SPD bei der Kommunalwahl wieder stärkste politische Kraft werden.“



## Duisburg



### Einweihung der neuen duisport-RoRo-Anlage im logport-Hafen am 17. Februar 2004.

Von links: Erich Staake, Vorstandssprecher, Christian Louis Cigrang, Vorstandsvorsitzender von Coblefret, Bärbel Zielsing, Oberbürgermeisterin Duisburg, Harald Schartau, NRW-Minister für Wirtschaft und Arbeit

### Stärken stärken mit Hilfe aus Brüssel

Der Standort Duisburg baut seine Logistik-Kompetenz immer weiter aus, wie die neuerliche Einweihung Europas modernster Roll-on-Roll-off-Anlage für den Automobilumschlag im Bereich des logport-Hafens eindrucksvoll unterstreicht.

Europaweit wurden bzw. werden zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen mit einer Mischung aus kommunalen Mitteln sowie solchen der Europäischen Union und der beteiligten Nation und/oder Region finanziert – so im stark vom Strukturwandel betroffenen Ruhrgebiet mit Mitteln des Landes NRW.

logport gehört zu den gelungensten Beispielen derartiger Infrastrukturförderung. Die Fokussierung öffentlicher Mittel auf dem Auf- und Ausbau zukunftsweisender Infrastruktur setzt vor allem wichtige Impulse für die Vervielfachung von Investitionen.

„Der Erfolg von logport“, so Duisburgs Oberbürgermeisterin Bärbel Zielsing, „hat Signalcharakter und trägt zur Steigerung der Attraktivität des internationalen Investitionsstandorts Duisburg bei.“

## KOMMUNALE SPITZENKLASSE



**Günter Scheib**  
Hilden  
57 Jahre, verheiratet,  
2 Kinder  
Bürgermeister in Hilden

Sein Motto:  
„Erfolgreiche Kommunalpolitik heißt, den Menschen nah zu sein.“



**Ulrich Hahnen**  
Krefeld  
51 Jahre, verheiratet,  
2 Kinder  
Diplom-Finanzwirt

Sein Motto:  
„Mehr Gewicht für Krefeld.“



**Jochen Welt, MdB**  
Kreis Recklinghausen  
57 Jahre, verheiratet,  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

Sein Motto:  
„Mehr Herz für einen  
starken Kreis“



Dr. Axel Horstmann

**Verkehrsminister Axel Horstmann:**

## EU-Osterweiterung bietet Chancen für NRW

**Interview mit Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Kommunale:** Seit November 2002 sind Sie „Infrastrukturminister“ in NRW. Wie würden Sie Ihre Zeit seither charakterisieren?

**Horstmann:** Mobilität zu organisieren, ist eine der unbestrittenen öffentlichen Aufgaben und hat weitreichende Bedeutung. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik setzen eine funktionierende Infrastruktur voraus. Privatwirtschaftlich lässt sich so etwas kaum realisieren, wie das Beispiel England zeigt. Es ist sehr reizvoll, sich einer solchen Verantwortung zu stellen.

**Kommunale:** Das setzt aber ausreichend Geld voraus. Und da sieht es doch nicht gut aus.

**Horstmann:** Stimmt. Auch mich irritiert, wenn von wirtschaftsnaher Seite der engagierte Ausbau unserer Infrastruktur gefordert wird, im gleichen Atemzug aber immer niedrigere Steuern gefordert werden. Manch einer, der heute noch Produktionsverlagerungen nach Osteuropa vorbereitet, wird in absehbarer Zeit den Vorzug deutscher Straßen, Wasser- und Schienenwege schätzen lernen. Allerdings verläuft die Rückkehr dann meist stiller als der Weggang.

**Kommunale:** Haben wir ein Finanzierungsproblem der Verkehrsinfrastruktur in NRW?

**Horstmann:** Beim Landshaushalt 2004/05 ist es uns gelungen, in NRW die Verkehrsinfrastruktur im Wesentlichen auf dem bisherigen Niveau weiterzuführen. Der Bundshaushalt macht mir allerdings akute Sorgen. Ich teile die Forderung der Verkehrsministerkonferenz, wonach wir ab 2005 ein bedarfsgerechtes Finanzniveau brauchen, um die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden. Hier stehen wir aktuell in Verhandlungen mit dem Bund.

**Kommunale:** Europa ist seit der Osterweiterung fast schon zum Synonym für Ängste aller Art geworden. Wird die Besorgnis von Ihnen geteilt?

**Horstmann:** Angst habe ich eher vor den Angstmachern. Für uns in NRW ist Europa vor

allem eine große Chance. Wer den Nachholbedarf allein der osteuropäischen Gesellschaften kennt und unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht interessengeleitet schlecht redet, der weiß: Die Osterweiterung bietet große Möglichkeiten, nicht zuletzt auch für unser Know-How in der Infrastrukturentwicklung.

Die offenen Grenzen zu unseren Nachbarn im Westen erzeugen win-win-Situationen. Da die Zahl der Berufspendler zwischen NRW und den Benelux-Staaten in den letzten drei Jahren um 150 Prozent gewachsen ist und der Euro

auch Freizeit- und Einkaufsverkehr gesteigert hat, will die Landesregierung in den kommenden Jahren vier weitere Grenzübergänge wiederöffnen.

**Kommunale:** Und die Probleme?

**Horstmann:** Sicher sind Herausforderungen zu bewältigen. Hierbei kommt es allerdings auf unsere Kreativität und unseren Willen zur Problemlösung an.

**Kommunale:** Können Sie Beispiele nennen?

**Horstmann:** Bei den Transeuropäischen Netzen ist es gelungen, den Eisernen Rhein und die deutsche Fortsetzung der Betuwe zwischen Emmerich und Oberhausen in das europäische Konzept einzubringen. Vor allem beim Eisernen Rhein haben sich Belgien und die Niederlande noch nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt. Bei der Betuwe ist es nun an der Bahn, mit der Umsetzung zu beginnen.

Ein anderes Beispiel: Risiken und Chancen stehen oft Seite an Seite. Es gibt künftig mehr Wettbewerb im ÖPNV. Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen müssen sich neuen Herausforderungen stellen. Dies begrüße ich, solange die Verantwortlichen ihr Heil nicht im phantasielosen Drücken der Sozialstandards sehen, sondern sich engagiert auf die Suche nach Effizienzverbesserungen machen.

**Kommunale:** Geht das nicht zu Lasten der Qualität?

**Horstmann:** Andersherum wird ein Schuh daraus: Fairen Wettbewerb besteht, wer mit innovativen Ideen den öffentlichen Personenverkehr attraktiv macht. Gelingt das, dann steht am Ende mehr und nicht weniger Qualität.



## EU-Osterweiterung: Neue Länder – neue Chancen

**Die Osterweiterung der Europäischen Union ist für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens mit großen Chancen verbunden. „Ich appelliere gerade auch an die kleinen und mittleren Betriebe im Handwerk, sie zu nutzen.“ fordert NRW-Wirtschaftsminister Harald Schartau gerade kleine und mittlere Unternehmen zum Engagement auf.**

- Mit rund 30% Anteil am gesamten Außenhandel ist Deutschland heute weltweit der wichtigste Handelspartner der zehn EU-Beitrittsländer. Ein knappes Fünftel dieses Außenhandels bestreitet NRW.
- Bis Ende 2002 erhöhte sich in nur 5 Jahren der Umfang der Exporte NRWs in diese Region um 50% auf 9,0 Mrd. Euro.
- Die Importe aus Mittel- und Osteuropa stiegen um knapp 60% auf 9,1 Mrd. Euro.
- Mit einem Handelsvolumen von 18,1 Mrd. Euro haben die zehn Beitrittsländer im

Außenhandel der nordrhein-westfälischen Unternehmen damit inzwischen erheblich mehr Gewicht als die Vereinigten Staaten (13,4 Mrd. Euro).

Schartau: „Dieser Trend demonstriert eindrucksvoll, dass viele der etwa 700.000 Mittelständler in NRW schon früh ihre Chancen erkannt und auch wahrgenommen haben.“ Insbesondere Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und Rumänien zählen zu den Schwerpunktländern der NRW-Außenwirtschaft.

## Vergabeverfahren optimieren Europäischer Binnenmarkt in Bewegung

**Bernhard Rapkay MdEP**



Bernhard Rapkay, MdEP

Das Marktvolumen öffentlicher Aufträge in den Ländern der Europäischen Union beläuft sich auf etwa 1,5 Billionen Euro; das sind 16% des BIP der EU (-15). Seit über zehn Jahren gilt dafür das Vergaberecht für öffentliche Aufträge im europäischen Binnenmarkt (Grundsatz der europaweiten Ausschreibung). Nach über zweijähriger Arbeit ist dieses Vergaberecht nun grundlegend modernisiert worden.

Der öffentliche Auftraggeber darf den Zuschlag nur dem wirtschaftlich günstigsten Angebot erteilen. Bei der Auswahl darf er soziale und ökologische Kriterien zugrunde legen. Diese müssen jedoch in den Verdingungsunterlagen oder in der Vergabebekanntmachung ausdrücklich aufgeführt sein und es muss ein plausibler Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung bestehen. Hinzu dürfen die ausgewählten Kriterien nicht gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen. Der Gesetzgeber hat hierbei die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes aufgegriffen.

Der Auftraggeber darf in diesem Rahmen auch besonders umweltfreundliche Produktionsverfahren vorschreiben, beispielsweise Nahrungsmittel für Schulverpflegung aus ökologischem Anbau. Weiterhin können öffentliche Vergabeverfahren ausdrücklich auf „beschützende Werkstätten“ begrenzt werden oder Einrichtungen mit geschützten Arbeitsplätzen mit der Auftragsausführung betraut werden, also etwa Behindertenwerkstätten.

Neu: Schließlich sind auch die bisher gültigen Schwellenwerte, unterhalb derer die Vergaberegulungen nicht angewandt werden müssen, um 25% heraufgesetzt worden: 249.000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und 6,24 Mio. Euro bei öffentlichen Bauaufträgen.

## KOMMUNALE SPITZENKLASSE



**Franz Schrewe Brilon**  
54 Jahre, verheiratet,  
2 Kinder  
Bürgermeister in Brilon

Sein Motto:  
„Nahe bei den Menschen sein – Mit Kopf und Herz für Brilon und seine 16 Dörfer.“



**Ullrich Hockenbrink Westerkappeln**  
46 Jahre, verheiratet,  
ein Kind  
Bürgermeister in Westerkappeln

Sein Motto:  
„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“



**Norbert Wessler Vreden**  
44 Jahre  
Ministerialrat im  
Innenministerium NRW

Sein Motto:  
„Vredens Zukunft gestalten.“

# Wohnen im Wandel

## Gute Beispiele sind gefragt

Die Herausforderungen von Wohnungs- und Städtebau im Zeichen des demographischen Wandels und veränderter Bedarfe beleuchten wollten SGK NRW und die SPD-Landtagsfraktion auf einer gemeinsamen Veranstaltung in Kamen – Erhellendes lieferten Ministerpräsident Peer Steinbrück, MdL, Parlamentarischer Staatssekretär Achim Großmann, MdB, und weitere Referenten insbesondere mit der Darstellung von guten Beispielen aus dem Wohnungsbau. Nähere Informationen:

[www.sgk-nrw.de/service/veranstaltung](http://www.sgk-nrw.de/service/veranstaltung)



Ministerpräsident  
Peer Steinbrück, MdL

**SGK** Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen e.V.

**Nordrhein-Westfalen**

**Ever Einstieg in das Intranet der SGK NRW**

- Schritt: Benutzername und Kennwort erfragen**  
(liegen den SGK-Kreisverbänden und SPD-Fraktionen vor; Weitergabe nur an SGK-Mitglieder auf Nachfrage)
- Schritt: unter "www.sgk-nrw.de" ins Internet**
- Schritt: "Login"-Feld**  **anklicken**
- Schritt: Eingabeaufforderung folgen**
- Schritt: Drin!** **Ab 3. Mai neue Zugangsdaten**

## Fit, mobil und schuldenfrei

... unter diesem Titel diskutierte die NRW SPD die Perspektiven sozialdemokratischer Verbraucherpolitik in NRW. „Verbraucherpolitik war ein Markenzeichen der SPD und sie muss es wieder werden“, forderte Bernhard Daldrup, SGK-Landesgeschäftsführer und für Verbraucherfragen im SPD-Landesvorstand verantwortlich. Nach Referaten des Dortmunder Oberbürgermeisters Dr. Gerhard Langemeyer und SPD-Generalsekretär Mike Groschek diskutierten Michael Makiolla, Kreisdirektor des Kreises Unna, Udo Sievering von der Schlichtungsstelle Nahverkehr und Ingrid Liberty von der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes in Münster aktuelle Fragen der Verbraucherpolitik.



### Ebenfalls mit dabei:

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW, Prof. Dr. Hugo Grote, FH Koblenz und Wolfram Kuschke, Minister und Chef der Staatskanzlei des Landes NRW. Unter der Moderation von Dr. Achim Schmitz-Forte diskutierten die gut 120 Teilnehmer. Auch für die Kommunalpolitik ist die Verbraucherpolitik von zentraler Bedeutung.



## Offene Ganztagschule: Ein Erfolgsmodell

Ein positives Resümee zogen die SGK NRW und die SPD-Landtagsfraktion nach Abschluss ihrer gemeinsamen Veranstaltungsreihe zur Offenen Ganztagsgrundschule. Unter dem Motto „Ein Erfolgsmodell setzt sich durch“, führte die Veranstaltungsrunde über Oberhausen, Hamm und Bochum zur letzten Station nach Hürth. Als „ständige Crew“ waren dabei Schul- und Jugendministerin Ute Schäfer, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Edgar Moron, die Landtagsabgeordnete Manfred Degen, Bernd Flessenkemper und Brigitte Speth sowie für die SGK NRW Heinz Kriete und Claus Haase.

Besonders beeindruckend waren die zahlreichen Praxisbeispiele, die zeigen, dass Lehrer und Eltern gemeinsam mit lokalen Initiativen und Vereinen die offene Ganztagschule mit Leben füllen.

Nicht nur sie, sondern auch die zahlreichen Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen waren sich einig, dass es gelungen ist, mit der Offenen Ganztagsgrundschule „einen großen Wurf“ zu landen.

Nähere Informationen:

[www.sgk-nrw.de/service/veranstaltung](http://www.sgk-nrw.de/service/veranstaltung)

## Kunst der Balance Kulturpolitik heute

Vor zwei Jahren entschloss sich die NRWSPD unter ihrem Vorsitzenden Harald Schartau, die „Kulturinitiative“ ins Leben zu rufen. Sprecher/in wurden Dr. Karsten Rudolph und Cornelia Tausch, beide Landtagsabgeordnete und im Vorstand der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Nach verschiedenen Treffen mit Kommunalpolitiker/innen aus ganz NRW, darunter auch den „Troitzköpfen“, fand eine erste öffentliche Veranstaltung im April 2003 im Tanzhaus in Düsseldorf statt. Freundlich begrüßter Gast war Staatsministerin Christina Weiß. Rund 200 interessierte Menschen aus allen Kultursparten diskutierten angeregt und in guter Stimmung.

Derzeit ist ein Kulturpapier mit dem Titel „Perspektiven einer erneuerten Landeskulturpolitik“ in Arbeit, das auf einem **Künstlerjahresempfang am 7. Juni 2004**, abends in der **Fabrik Heeder in Krefeld** der Öffentlichkeit vorgestellt und über das miteinander gesprochen werden soll.

Näheres und Kontakt über: [info@nrwspd.de](mailto:info@nrwspd.de)  
[Karsten.Rudolph@landtag.nrw.de](mailto:Karsten.Rudolph@landtag.nrw.de)  
[Cornelia.Tausch@landtag.nrw.de](mailto:Cornelia.Tausch@landtag.nrw.de)

**SPD.online**

**Das Mitgliedernetz der SPD**

... aktuelle und exklusive Hintergrundinformationen nur für SPD-Mitglieder +++ Materialien, Flugblätter, Logos, Grafiken zum Download +++ Job-Börse +++ Serviceangebote +++ Mitgliederchat +++ und vieles mehr ...

SPD-Online ist der interne Informationsdienst der SPD nur für Mitglieder, aber für alle Mitglieder – unerheblich für alle Aktiven, denn hier kommt man am schnellsten zu den aktuellsten Informationen.

**Der Weg ins Mitgliedernetz.**   

Einfach im Internet [www.spd-online.de](http://www.spd-online.de) eingeben: Die Startseite des SPD-Mitgliedernetzes erscheint. Zur Erstanmeldung werden Mitgliedsnummer (steht auf der SPD-Card oder dem Adressaufkleber des **vorwärts**) und Geburtsdatum (z.B. 01081972 für den 1. August 1972) benötigt. Im weiteren Anmeldeprozess kann man einen persönlichen Benutzernamen und ein persönliches Passwort einrichten. Ab dem zweiten Mal muss man sich mit dem neuen Benutzernamen und dem neuen Passwort anmelden! Die Daten werden unter Beachtung der Datenschutzgesetze und der Datenschutzrichtlinien ausschließlich für den Zugang zu SPD-Online gespeichert.

[www.spd-online.de](http://www.spd-online.de) –  
der direkte Weg zu SPD!

Neue Stärke. **SPD**

## KOMMUNALE SPITZENKLASSE



**André Stinka**  
**Kreis Coesfeld**  
38 Jahre, verheiratet,  
2 Kinder  
Beamter beim  
Oberverwaltungsgericht

Sein Motto:  
„Bewegung fängt in den Köpfen an.“



**Ernst Küchler, MdB**  
**Leverkusen**  
60 Jahre, verheiratet,  
Mitglied im Deutschen  
Bundestag

Sein Motto:  
„Leverkusen, soziale  
Stadt mit Zukunft.“



**Ulrike Boden**  
**Kreis Gütersloh**  
44 Jahre, verheiratet,  
Geschäftsführerin der AWO  
im Kreis Gütersloh

Ihr Motto:  
„Die Berge, die es zu  
versetzen gilt, sind in  
unserem Bewusstsein.“

## Rechts-Tipps

### Sitzungsgeld für die Teilnahme „stellvertretender Sachkundiger Bürger“ an Fraktionssitzungen

Bis vor kurzem wurde fast einhellig die Rechtsauffassung vertreten, dass Sachkundigen Bürgern, die stellvertretende Ausschussmitglieder sind, ein Sitzungsgeld auch dann zusteht, wenn sie an einer Fraktionssitzung teilnehmen, an denen das ordentliche Ausschussmitglied ebenfalls teilnimmt. Mit Urteil vom 1.8.2003 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf eine gegenteilige Entscheidung getroffen. Hiergegen

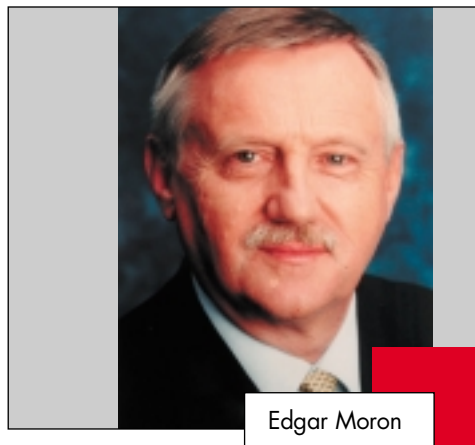
ist Berufung beim Oberverwaltungsgericht NRW eingelegt. Das Innenministerium NRW hat nunmehr in einem Erlass mitgeteilt, dass es das Ergebnis dieses Berufungsverfahrens abwarten wolle und in der Zwischenzeit nicht beanstanden werde, wenn solche Zahlungen als freiwillige Leistungen qualifiziert und im Rahmen der Prüfung von Haushaltssicherungskonzepten entsprechend bewertet würden.

## Planungssicherheit durch Jugendfördergesetz

Über 170.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützen über den Jahreswechsel die Volksinitiative für ein Jugendfördergesetz, deutlich mehr, als für deren Erfolg nötig gewesen wäre. Und so muss sich nun der Landtag mit der Forderung der Initiatoren, der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Türen NRW, befassen, die Grundbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit und deren Finanzierung gesetzlich zu verankern.

schen Arbeit sollen Schulen und Jugendhilfe mit ihren Angeboten künftig besser zusammenarbeiten. Im Landesjugendplan sollen ab 2006 wieder jährlich Mittel in Höhe von 96 Mio. Euro (= Ansatz des Jahres 2003) bereitgestellt werden.

Weiterer Diskussionen mit der SGK und den kommunalen Spitzenverbänden bedarf es noch zu Fragen der Förderung durch die örtlichen Jugendämter. Insbesondere die beabsichtigte Verpflichtung der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Mittel zur Förderung der Jugendarbeit in einem angemessenen Verhältnis zu den für die Jugendhilfe insgesamt bereitgestellten Mittel zur Verfügung zu stellen, bedarf sicher noch weiterer Diskussionen. Auch soll die Gewährung einer Förderung durch den Landesjugendplan daran geknüpft werden,



Edgar Moron

Ausgelöst wurde die Initiative durch den ursprünglichen Kürzungsvorschlag der Landesregierung beim Landesjugendplan, der jedoch im Laufe der Beratungen des Doppelhaushaltes 2004/05 von der SPD-Landtagsfraktion deutlich korrigiert worden war.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Edgar Moron, zeigte Verständnis für die Forderung der freien Jugendhilfe nach mehr Planungssicherheit. Nach einem ersten Eckpunktebeschluss am 30. März 2004 für ein Jugendfördergesetz hat die Fraktion auf ihrer Bildungspolitischen Klausurtagung am 3. und 4. Mai in Münster nunmehr einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem fachliche Aspekte der Kinder- und Jugendarbeit definiert werden und insbesondere finanzielle Planungssicherheit geschaffen werden soll. So sieht der Gesetzentwurf insbesondere eine stärkere Abstimmung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung vor. Im Rahmen einer sozialräumlichen pädagogi-



dass die örtlichen Jugendämter einen „angemessenen“ kommunalen Finanzierungsanteil einbringen. Ein Punkt, der weiterer Konkretisierung bedarf. Die örtlichen Träger der Jugendhilfe sollen auch verpflichtet werden, „auf der Grundlage der kommunalen Jugendhilfeplanung für jeweils eine Wahlperiode einen verbindlichen Förderplan zu erstellen.“ Wie die Verbindlichkeit eines derartigen Förderplans mit dem gleichrangigen gesetzlichen Ziel des Haushaltsausgleichs vor allem bei Gemeinden in der Haushaltssicherung in Harmonie zu bringen ist, wird sicher noch für manche Debatte sorgen.

Spannend bleibt aber auch zu beobachten, wie sich die CDU, die im Landtag ihre verbale Unterstützung für die Initiative kaum zügeln konnte, in den Kommunen tatsächlich verhält wenn es darum geht, Jugendarbeit aus dem eigenen Kommunalhaushalt zu finanzieren.

## Die rechte Ecke

### Die „Amsterdam-Affäre“

Wenig Sensibilität bewies der Dormagener CDU-Bürgermeister Reinhard Hauschild, der jüngst gemeinsam mit seiner Ehefrau als Mitglied des Aufsichtsrates des kommunalen Energieversorgungsunternehmens der Einladung eines großen Gaslieferanten zu einer „Energie-wirtschaftlichen Informationsreise“ nach Amsterdam folgte. Neben zwei Übernachtungen in einem teuren Hotel bot das Programm auch zahlreiche touristische Highlights, wie Museums- und Konzertbesuche, Stadtführungen und eine Bootsfahrt. Bedenken kamen dem Bürgermeister erst, als die örtlichen Medien über die Reise berichteten. Pikanterweise ließ sich der CDU-Rathauschef noch im vergangenen Jahr für ein von ihm vorgelegtes strenges Antikorruptionskonzept feiern, das allen Mitarbeitern der Verwaltung die Annahme von jeglichen Zuwendungen oder Vergünstigungen oberhalb einer Bagatellgrenze von 15,- Euro verbietet.

Ganze vier Tage brauchte er dann, um der stauenden Öffentlichkeit zu berichten, dass die Reise von Anfang an durch das eigene Energieversorgungsunternehmen gezahlt werden sollte und die Kosten der Partner selbstverständlich privat bezahlt würden. Geglaut hat ihm das wohl niemand in Dormagen, sprechen die schriftlichen Einladungen doch eine deutlich andere Sprache.

„Ein Eiertanz der Wahrheiten, der stutzig macht“, kommentiert die nicht der SPD-Nähe verdächtige Neuss-Grevenbroicher Zeitung und stellt fest: „Da kann mer dran föhle.“

### VRR: Selbstbedienungsladen der CDU

Die von der CDU-Mehrheit im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) beschlossene und von Regierungspräsident Jürgen Büsow beanstandete Höhergruppierung ihres neuen Geschäftsführers Martin Husmann von B 6 (7.135 Euro) auf B 8 (7.893 Euro) umging die CDU in der letzten Verbandsversammlung damit, dass sie Husmann flugs zum „Hauptgeschäftsführer“ beförderte. Hintergrund: Während „Geschäftsführer“ eine Besoldung nach B 6 bekommen dürfen, ist für „Hauptgeschäftsführer“ eine Alimentation nach B 8 möglich.

### CDU-Orakel

„Schwarz-grün liegt in der Luft“, orakelte gerne CDU-Chef Rüttgers und als gelte es, den Äther zu schwängern, wurden gleich reihenweise schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene in NRW herbeigeschrieben, „wo heute mehr schwarz-grüne als rot-grüne Bündnisse bestehen“, wie die Zeit zu verkünden meinte. Dass sich die Wirklichkeit nicht herbeischreiben lässt, beweist dann einmal mehr die konkrete Nachfrage:

Das hat die SGK NRW bei ihren Ratsfraktionen getan. Und siehe da, über 220 Fraktionen berichteten von förmlichen Listenverbindungen oder Kooperationen auf der lokalen Ebene. Ganze 10 Listenverbindungen zwischen Schwarz und Grün kamen dabei heraus, deutlich weniger als zwischen Roten und Grünen und noch klarer fallen die Unterschiede zugunsten von Rot-Grün aus, wenn die praktische Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik erfragt wird.

Daneben gibt es eine Reihe verschiedener Konstellationen, kaum eine schwarz-grüne darunter. Ebenso wenig ließe sich belegen, dass hinter schwarz-grünen Konstellationen Erfolge ans Licht kommen, Köln ist dafür gewiss kein Gegenbeispiel. Was also vermeintlich in der Luft liegt, ist auf dem Boden der Wirklichkeit nicht zu sehen, womöglich handelt es sich bei Herrn Rüttgers einmal mehr um die sprichwörtliche heiße Luft, einem Ballon entweichen, der nun wohl zerplatzt ist: an der Wirklichkeit.

## VERANSTALTUNGS-TIPP

### DEMO-Leserforum

Auswirkungen von Hartz IV für Kommunen,  
am 26. Mai 2004, 11.00 bis 16.00 Uhr  
in Düsseldorf, DGB-Haus,  
Friedrich-Ebert-Straße 34-38

Durch die Umsetzung der Hartz-Reformen kommen auf die Kommunen große Veränderungen zu. Bei der notwendigen Neuausrichtung der Sozialverwaltungen gilt es, gleichzeitig Kosten zu senken und die Vermittlungseffizienz zu erhöhen. Da ist vor allem bei Rats- und Kreistagsmitgliedern der Informationsbedarf groß.

### Informationen und Anmeldung:

Demo, Henning Witzel  
Telefon: 030-25594175, Fax: 030-25594190  
e-mail: leserforum@demo-online.de

## IMPRESSUM

### Die Kommunale Zeitung

#### Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik  
in NRW e.V. (SGK NRW)  
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf

Tel.: (0211) 87 67 47 0, Fax: (0211) 87 67 47 27

Mail: info@sgk-nrw.de., Internet: www.sgk-nrw.de

#### Verantwortlich:

Bernhard Daldrup, Geschäftsführer der SGK NRW

#### Satz und Gestaltung:

Kreativ Konzept Klaus Schmuck, Lessingstraße 52, 53113 Bonn

#### Druck:

Griebsch & Rochol Druck GmbH  
Gabelsbergerstr. 1, Gewerbepark Hamm-Rhynern, 59069 Hamm

Der Bezugspreis von Die Kommunale ist für Mitglieder im satzungsmäßigen Mitgliedsbeitrag enthalten. Der Abonnementpreis für Nichtmitglieder beträgt 20 Euro pro Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



**Detlef Rujanski**  
Siegen  
47 Jahre, verheiratet,  
2 Kinder  
Geschäftsführer  
Studentenwerk Siegen

Sein Motto:  
„Frischer Wind.“



**Albert Glöckner**  
Rommerskirchen  
55 Jahre, verheiratet,  
Bürgermeister

Sein Motto:  
„Große Werke werden  
nicht durch Stärke,  
sondern durch  
Beharrlichkeit vollbracht“  
(Samuel Johnson).



## Junge Kommunalpolitik

# Die Stadt ist ein Gemeinschaftswerk Ärmel aufkrepeln und optimistisch sein



Dr. Ulrich Paetzel

**Interview mit dem jüngsten Bürgermeisterkandidaten der SPD in NRW: Dr. Ulrich Paetzel, aus Herten – Jahrgang 1971**

**Kommunale:** Wann bist Du zum ersten Mal auf den Gedanken gekommen, Bürgermeister in Herten zu werden?

**Paetzel:** Als mich der jetzige Amtsinhaber Klaus Bechtel fragte: „Könntest Du Dir das vorstellen?“ habe ich ein wenig nachgedacht und dann ja gesagt. Die anschließende Nominierung war einstimmig.

**Kommunale:** Was ist in Herten anders?

**Paetzel:** Wir sind eine der wenigen Städte, die 1999 nicht verloren haben. Das gab eine gute Stimmung und den Mut für Veränderungen. Bestimmt ein Drittel unserer jetzigen Kommunalpolitiker sind neu und kommen aus allen Lebens- und Altersbereichen. Wir haben sogar Parteiose dabei, u.a. den Chef der griechischen Gemeinde.

**Kommunale:** Parteiarbeit als Spaßfaktor?

**Paetzel:** Ich will das mal so sagen: Wenn ich nicht Freude daran hätte z.B. zu Vereinen zu gehen und mit Menschen zu sprechen – die Kaninchenzüchter sind mir die Liebsten – dann würde ich es auch nicht machen. Als ich vor 13 Jahren in die Partei eintrat, war es fast so etwas wie Zufall. Es hätte auch sein können, dass ich aus beruflichen Gründen nicht dazu gekom-

men wäre. Insgesamt macht mir die Politik richtig Spaß – es ist auf keinen Fall eine Pflichtübung.

**Kommunale:** Was machst Du, wenn Du nicht Bürgermeister wirst?

**Paetzel:** Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie darüber nachgedacht, was ich in 3 oder 4 Jahren machen würde. Ich glaube nicht, dass man Zukunft wirklich planen kann.

**Kommunale:** Hast Du eine Botschaft für Kandidatinnen und Kandidaten?

**Paetzel:** Ärmel hochkrepeln und Optimismus zeigen. Ich kann das Gejammer in der Politik nicht mehr hören. Wir haben in diesem Land – im Verhältnis zur restlichen Welt – Luxusprobleme. Die Stadt ist ein Gemeinschaftswerk, wo alle ihren Beitrag leisten müssen, damit es funktioniert.

### ZUR PERSON:

Dr. Ulrich Paetzel arbeitet bei PROSOZ in Herten als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit und hat über Adorno und Habermas promoviert. Französisch, Sozialwissenschaften und Kunst- und Kulturindustrie waren seine Studienschwerpunkte. Er ist stellvertretender Fraktions- und Parteivorsitzender in Herten.

## Kommunalwahl und Jugend? Falsches Thema? Stimmt nicht!

Auf ihrer Landeskonferenz am 27./28.3.2004 in Bielefeld verabschiedeten über 250 Jungsozialistinnen ein Jugendwahlprogramm zum Kommunalwahlkampf 2004. Unter dem Motto „Kommunal ist nicht egal“, begreifen die Jusos die diesjährige Kommunalwahl gerade als Chance für junge Kandidatinnen und Kandidaten.

### Junge KandidatInnen

Generationengerecht ist, was Zukunftschancen schafft! Für die Zukunftschancen junger Menschen setzen die NRW Jusos auf die Politikfelder Arbeit, Ausbildung/Bildung sowie Mobilität, Integration und demokratische Partizipation.

### Jugendwahlprogramm und Jugendsprache

Auf dem Kommunalkonvent am 24.4.2004 in Oberhausen gestalteten die Jusos gemeinsam mit der Juniorsgk das Jugendforum mit über 100 TeilnehmerInnen. Auch hier wurde deutlich: Kommunalpolitik ist eben mehr als die Leerzeiten der Stadtreinigung oder die Farbe der Gullideckel. Die im Jugendwahlprogramm

aufgezeigten Themenfelder sind Kernbereiche der Kommune, in der viel gesteuert werden kann. „Auch im Stadtrat oder im Kreistag wird über die Zukunftschancen junger Menschen entschieden; dies muss ein Ort sein, an dem die sozialdemokratische Stimme für Generationengerechtigkeit, also die Zunahme an Zukunftschancen, eintreten muss“, so Kristian Kaiser, Juso-Landesvorsitzender.

**Letztlich zählt: Geh dorthin, wo die jungen Menschen sind! Kommunalwahl und Jugend? Falsches Thema? – Stimmt nicht!**

Mehr Infos zum Jugendwahlprogramm unter: [www.jusos-nrw.de](http://www.jusos-nrw.de)

Ihr wollt beim nächsten Kommunal-Event dabei sein? Am 3. Juli treffen sich junge KommunalwahlkandidatInnen, Jusos, Juniorsgk und Junge Teams in Mülheim zu einem „Come together“. Nähere Infos bald unter: [www.jusos-nrw.de](http://www.jusos-nrw.de)



Die Kandidaten, die Kandidatin von links: Olaf Hennecke, Sascha Scheibel, Dimitrios Axourgos, Volker Keitmann, Sylvia Patscher, Riad Miro, Mike Janke (Frank Barthelmes fehlt auf dem Foto)

## Die Partei der Jugend Iserlohner SPD nominiert 8 Jusos für die Kommunalwahl

Große Freude herrschte bei den Iserlohner Jungsozialisten nach dem Wahlparteitag der SPD im letzten Monat. „Ehrlich gesagt sind wir alle auch ein wenig überrascht“, sagte der Juso-Vorsitzende, Dimitrios Axourgos, einer der acht Kandidaten. „Unsere gute Arbeit der letzten Jahre wird jetzt honoriert“.

Waren die jungen Politiker/innen vor einem Jahr noch der Meinung, dass es mindestens

sechs Kandidaten unter 35 Jahren geben sollte, so zeigte sich bei der Kandidatenaufstellung, dass eine echte Chance bestand, die Fraktion noch weiter zu verjüngen – auf acht Mandate. Und die Iserlohner SPD zog mit. Sie bewies, dass sie die Jugend ernst nehmen und ihnen eine reelle Chance geben wollte, indem sie ihnen zusätzlich bei der Wahl gute Listenplätze verschaffte.



**Sprachen vor 1000 Kommunalwahlkandidaten, darunter viele neue Gesichter:** Harald Schartau, Peer Steinbrück, Franz Müntefering, Mike Groschek, Bärbel Dieckmann und Klaus Wehling, OB-Kandidat in Oberhausen

## EUROPA TIPPS

**Tausend Fragen und ein schier kaum zu bewältigendes Informationsangebot zur Europawahl. Aber wo bekomme ich die richtigen Informationen?**

Übersichtlich, informationsreich und mit NRW-Perspektive.

Das Europa-Angebot der Landesregierung unter:

[www.europa.nrw.de](http://www.europa.nrw.de).

Hier kann auch der newsletter kostenlos abonniert werden:

[www.europa.nrw.de/newsletter\\_texte](http://www.europa.nrw.de/newsletter_texte).

Alle Fragen zur Wahl, nicht nur in Deutschland werden auf der Seite:

[www.europa-waehlt.de](http://www.europa-waehlt.de) beantwortet.

Einen umfassenden Überblick zur Europapolitik gibts überdies unter

[www.europa-digital.de](http://www.europa-digital.de).

Für die SPD von besonderer Bedeutung sind die Seiten

[www.spd.de](http://www.spd.de) und [www.eurokampa.de](http://www.eurokampa.de).

Ein Argumentationspapier der Eurokampa und der Bundes-SGK mit dem Titel:

Kommunen und Europa: Partnerschaft für Frieden und sozialen Zusammenhalt auf den Seiten

[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)